

Die Ratssitzung am 07.11.2019



Gleich zweimal tagte der Rat am 7. November 2019. Während in der morgendlichen Sitzung die Verabschiedung des Haushalts im Vordergrund stand, ging es in der nachmittäglichen Sitzung um das politische Alltagsgeschäft mit Anträgen u.a. zum Frischezentrum in Marsdorf und zur Pförtnerrampe in Weiden. Mit Spannung erwartet wurde auch die Debatte um die Zukunft der städtischen Kliniken. Durch zahlreiche Änderungsanträge im Rat oder in den vorherigen Ausschüssen konnte das schwarz-grüne Kooperationsbündnis bei vielen Beschlüssen noch eigene Akzente setzen.

Starke Impulse für Mobilität, Klimaschutz, Wohnen, Bildung, gesunde Ernährung, Kultur- und Kreativszene



Trotz des Konjunkturabschwungs und rückläufigen Steuereinnahmen wachsen die Ausgaben im Haushalt weiter. In 2020 auf 4,953 Mrd. Euro und in 2021 auf 5,021 Mrd. Euro.

Das Haushaltsbündnis hatte die Verwaltung beauftragt, im Hpl-Entwurf enthaltene pauschale Kürzungen zurückzunehmen. Das betrifft vor allem geltende Ratsbeschlüsse und politische Haushaltsbeschlüsse, so z.B. Volkshochschule, Kulturförderung, Integrationsprogramme, Kinder- und Jugendarbeit, wie z.B. Hausaufgabenhilfe und Übermittagsbetreuung, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien und Sportförderung. Die Fachdezernenten sind somit jetzt in der Pflicht, notwendige Konsolidierungen nicht zu Lasten beschlossener Maßnahmen und Programme zu betreiben.

Schwerpunkte des Haushalts sind mehr Investitionen in Schulneubau und Sanierung, in die Mobilitätswende, in Klima- und Umweltschutz, für soziale Wohnraumförderung und in die Förderung der Attraktivität Kölns auch als Wirtschaftsstandort.

Die GRÜNEN haben insbesondere folgende Vorhaben im Haushalt verankern können.

- Kostenloser Eintritt für Jugendliche in alle Ausstellungen städtischer Museen
- Deutlicher Ausbau der Schulsozialarbeit
- Stärkere Förderung der Rheinischen Musikschule und Offenen Jazzhausschule
- Stärkung des Programms „Lebenswerte Veedel“
- Mehr Streetworker*innen
- Deutliche Stärkung der Interkulturellen Zentren
- Förderung von „Housing First“ zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit
- Förderung gesunder Ernährung, insbesondere auch in Kitas und Schulen, Ökologisierung der Kölner Landwirtschaft in Köln, Aufwertung der Wochenmärkte, Essbare Stadt und urbane Gärten
- Mehr Barrierefreiheit für Fußgänger*innen, Einrichtung einer Stelle - Fußgängerbeauftragten
- Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, z.B. Schulhofbegrünung
- Mehr Investitionen in den Erhalt und Ausbau der städtischen Grünzonen
- Sicherung von Räumen für Kultur- und Kreativprojekte: Realisierung des Kulturbausteins im Helios, Erhalt der soziokulturellen Nutzungen im KAT 18, Schaffung von mehr Atelier- und Proberäumen
- Deutlicher Mittelzuwachs für die freie Kulturszene und der Akademie der Künste

- Stärkung der Kreativwirtschaft durch Förderung, z.B. der Kölner Musikszene, und der Medien- und Filmwirtschaft, z.B. Filmfestival Cologne
- Weiterer Ausbau der digitalen Infrastruktur, wie z.B. öffentliches WLAN

Mit den Stimmen von CDU, GRÜNE, FDP und GUT wurde der Doppelhaushalt 2020/2021 (Hpl) einschließlich der Veränderungsanträge des Haushaltsbündnisses gegen SPD und Linke in einer Ratssondersitzung beschlossen.

[Rede Brigitta von Bülow zum Haushalt](#) (pdf Format)

Ab 14:30 Uhr fand dann die zweite Sitzung des Rates statt.

Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke. und der Gruppe BUNT betr.

"Frischezentrum in Marsdorf realisieren!"



Am 11.07.2017 haben GRÜNE, SPD, CDU und Linke im Rat beschlossen den Großmarkt in das Gewerbegebiet Marsdorf zu verlagern, wo auf dem städtischen Grundstück ein modernes Frischezentrum errichtet werden soll. Die Verwaltung wurde zugleich damit beauftragt, zügig Planungs- und Baurecht für das

Frischezentrum zu schaffen, das in 2023 in Betrieb gehen soll. Denn Ende 2023 soll der Großmarkt an der Bonner Straße geschlossen werden, damit dort das neue Stadtquartier „Parkstadt Süd“ entstehen kann. Auch die Planung wurde durch den Ratsbeschluss vom 15.03.2016 von derselben Ratsmehrheit in Auftrag gegeben. SPD und Linke legten nun dem Rat einen Antrag vor, dies erneut zu beschließen. Aber warum soll der Rat bereits gefasste Beschlüsse wiederholen? Die Verwaltung ist zur Umsetzung verpflichtet.

Klärungsbedürftig ist vielmehr, wer das Frischezentrum im Auftrag der Stadt professionell plant und errichtet. Dazu ist eine enge Kooperation mit den Markthändlern und der IHK notwendig, die laut Ratsbeschluss von der Verwaltung eng in den Prozess einbezogen werden soll. Ursprünglich hat der Rat die städtische Gebäudewirtschaft beauftragt, die technische Planung vorzunehmen. Das hat sich als unrealistisch erwiesen, da sie vorrangig den Schulbau betreibt. Aber der Rat hat bereits beschlossen, die Errichtung des Frischemarkts „schlüsselfertig“ durch einen Generalübernehmer durchführen zu lassen. Es ist nun an der Zeit, nicht nur den Bau sondern auch die Bauplanung durch einen externen Dienstleister als Totalübernehmer durchführen zu lassen. Dazu ist tatsächlich in Kürze ein weiterer Beschluss notwendig. Dies war auch Ergebnis einer Beratungsrunde von GRÜNE, SPD und CDU mit Verwaltung, Markthändlern und IHK.

Da der [Antrag von SPD und Linke](#) überflüssig ist, wurde er auf Initiative der Grünen mit Mehrheit für erledigt erklärt.

Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Karl Küpper Platz – Ehrung eines Widerständlers"



Mit einem populistischen Antrag versuchte die AfD, den Karnevalisten Karl Küpper zu ehren und somit auf eine perfide Art und Weise einen Menschen zu vereinnahmen, der sicher nichts mit der AfD gemein gehabt hätte.

Die Familie von Karl Küpper hatte sich intensiv dagegen gewehrt und den Rat um eine Ablehnung dieses Ansinnens gebeten. Wie im Kölner Rat üblich, einigten sich alle demokratischen Fraktionen darauf, „mit einer Stimme“ energisch dem Ansinnen der AfD entgegenzutreten und deutlich offenzulegen, welche Motive hinter diesem Antrag steckten:

Zum Einen versucht die AfD, sich auf diese Art und Weise als eine bürgerliche Partei zu verkaufen, die sich ganz normal auch für die Belange des Karnevals einsetzt. Zum anderen

wird so versucht, sich selbst von Nationalsozialismus – den sie nur für einen „Vogelschiss der Geschichte“ halten – abzugrenzen, indem bewusst eine Person, die widerständig war, geehrt werden soll. Hinzu kommt, dass die AfD so ausloten möchte, wie weit sie öffentliche Tabus brechen kann. Abschließend stellt sich die AfD hier auch noch mit Karl Küpper insofern gleich, als dass sie sich bei denen einreihet, denen angeblich die Meinungsfreiheit verwehrt würde. Doch anders als es die Rechtspopulisten behaupten, gibt es in Deutschland keine Zensur, die durch die Regierung und die Medien durchgesetzt wird.

Für alle demokratischen Fraktionen sprach die FDP-Ratsfrau Katja Hoyer und nahm in ihrer Rede ebenfalls Punkte aus unserer Analyse auf, die auch so gekennzeichnet wurden. Auch dadurch zeigten sich die demokratischen Fraktionen stark in ihrem gemeinsamen Einsehen für ein vielfältiges, offenes und demokratisches Köln. Der Antrag der AfD wurde selbstverständlich von allen demokratischen Fraktionen und Gruppen im Rat abgelehnt!

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sicherheit im Bezirk stärken - Veedelsschutzmann erhalten"



Der [Antrag](#) der SPD verwechselte Bezirks- und Schwerpunktdienste. Die Bezirksdienste haben eine wichtige Aufgabe, schließlich kommen Ihnen spezielle Kompetenzen vor Ort zu und verhindern dadurch präventiv Kriminalität. Daher haben auch die GRÜNEN im Landtag NRW gerade erst gefordert, dass diese ausgebaut werden. Anders

als es die SPD in ihrem Antrag behauptet, sollen die Bezirksdienste aber in Köln auch gar nicht abgebaut werden.

Der Umbau der Kölner Polizei betrifft primär die Schwerpunkteinheiten, die keine besondere örtliche Verwurzelung haben. Diese zugunsten der Stärkung der Bekämpfung der Kinderpornografie, der Gefährderüberwachung und des Wachdienstes zu poolen ergibt polizeifachlich Sinn und stellt eine normale Organisationsanpassung im Polizeipräsidium dar.

Aus diesem Grunde wurde der SPD-Antrag auch abgelehnt.

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Wohnen.Bezahlbar.Machen: Wohnungen über Lebensmittelmärkten bauen - Ausnahmeregelung jetzt beschließen!"



Auf Lebensmittelmärkten im Stadtgebiet sollen Wohnungen gebaut werden. So würde das Grundstück besser ausgenutzt und mehr Wohnraum entstehen. Dies ist unstrittig. Allerdings beabsichtigt die SPD den Discount-Unternehmen dafür eine Vergünstigung zu geben, die mit dem Wohnungsbau gar nichts zu tun hat. Entgegen den Bestimmungen des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (EHZK) sollen sie „als Belohnung“ ihre Verkaufsflächen ausdehnen können. Und damit dies legal ist, soll das EHZK durch Ausnahmeregelungen ausgehebelt werden. Ein ähnlicher Vorschlag der Verwaltung wurde daher im Wirtschaftsausschuss bereits zurückgewiesen.

Wohnungsbau in Köln ist lukrativ. Wenn Discounter auf ihren mindergenutzten Grundstücken zusätzlich Wohnungen errichten wollen, ist das begrüßenswert, sie können dafür Bauanträge stellen. Dies zu befördern hat der Rat am 20.03.2018 mit den Stimmen von GRÜNE, CDU, FDP und auch SPD längst beschlossen. Mit diesem Beschluss wurde die Verwaltung beauftragt, die integrierte Nutzung von Einzelhandel und Wohnen zu fördern, nämlich durch geeignete Planung. In diesem Ratsbeschluss heißt es aber auch: „Anreize müssen den Vorgaben des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts entsprechen.“

Der [SPD-Antrag](#) wurde vom Rat in den Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss verwiesen

Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Abschaltung der Pförtnerampel"



Nur ein paar Tage nach der Inbetriebnahme der Pförtnerampel in Weiden sah die FDP wieder einmal den Untergang des automobilen Abendlandes gekommen und beantragte, diese Ampel unverzüglich wieder abzuschalten. Dabei blendete sie aus, dass zwar seit der Inbetriebnahme die Wartezeiten vor der Ampel zugenommen haben, der Verkehr auf der Aachener Straße nun aber deutlich flüssiger läuft und die Luftschadstoffe an der Messstelle an der Aachener Straße abnehmen werden. Auch dadurch können voraussichtlich Dieselfahrverbote vermieden werden. Dass nun der Rhein-

Erft-Kreis bereits zusätzliche Busse einsetzt und somit den Menschen aus dem Umland weitere Angebote gemacht werden, vom Auto umzusteigen, zeigt, dass diese Ampel bereits wirkt. Wenn die Express-Busse dann Mitte Dezember in Betrieb gehen werden, wird sich ebenfalls zeigen, dass diese Ampel Wirkung zeigt und die Busse den Platz bekommen, den sie auch brauchen.

Der Antrag wurde also folgerichtig gegen die Stimmen der Autofreunde von FDP und SPD abgelehnt.



Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke., FDP, der Gruppe GUT und RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend

"Wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den -alten Messehallen-"

Mit breiter Mehrheit beschloss der Rat den [Antrag](#), die bislang nicht-öffentliche wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergabe zum Bau der Messehallen Nord sowie der Firmenansiedlungen in den "alten Messehallen" zu veröffentlichen und somit auch allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Zudem soll im 1. Halbjahr 2020 ein öffentliches Symposium über die Ergebnisse dieses Gutachtens stattfinden. Die GRÜNEN haben von vornherein auf Veröffentlichung gedrungen. Dies war auch bei der Auftragsvergabe so beschlossen worden. Mit maßgeblicher Unterstützung der GRÜNEN wurde die Verwaltung am 09.05.2016 beauftragt, das Zustandekommen des skandalträchtigen Deals zum Bau der Messehallen mit dem Oppenheim-Esch-Fonds zu untersuchen, um daraus Lehren für das zukünftige politische Handeln zu ziehen. Die Vergabe des Baus der neuen Messehallen ohne Ausschreibung rief die EU-Kommission auf den Plan und hatte Gerichtsprozesse zur Folge. Im Mittelpunkt stand dabei die Rolle der Stadtparkasse bei diesem Deal zu Lasten des städtischen Vermögens. Die Sparkasse hat sich verweigert, an der Aufarbeitung mitzuwirken. Die demokratischen Fraktionen haben dies mit ihrem Ratsbeschluss ausdrücklich kritisiert.



Mobiles Drogenhilfeangebot in Neumarktnähe

Um die Lage bzgl. des offenen Drogenkonsums auf dem Neumarkt zu entspannen, hatte der Stadtrat beschlossen zwei Drogenmobile anzuschaffen. Die beiden Fahrzeuge sollen solange eingesetzt werden, bis es einen festen Standort in Neumarktnähe gibt. Eine europaweite Ausschreibung führte leider nicht zum gewünschten Erfolg, deshalb will nun die Stadt Köln das Angebot selbst betreiben.

Für das mobile Hilfeangebot, das aus einem Wagen mit vier Plätzen für den Drogenkonsum und einem zweiten Wagen für die Beratung bestehen wird, werden medizinische und soziale Fachkräfte und Servicekräfte eingestellt werden.

Eine dauerhafte Lösung mit 10 Plätzen ist weiterhin das Ziel.

Die [Vorlage](#) wurde im Rat ebenso wie vorher in den Ausschüssen von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen.



Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Weiteres Vorgehen im Projekt Klinikverbund

Seit langem wird über die Zukunft der hochverschuldeten städtischen Kliniken diskutiert. Die [Vorlage](#) und alle Anträge zum weiteren Vorgehen wurden am Anfang der Sitzung vom nicht-öffentlichen in den öffentlichen Teil der Ratssitzung verschoben. Mit Mehrheit von CDU, GRÜNE und FDP wurde festgelegt, dass die Oberbürgermeisterin Henriette Reker die Verhandlungen für einen Zusammenschluss mit der Uniklinik Köln übernehmen soll. Dieser Zusammenschluss soll als Stiftung organisiert werden. Somit ist gewährleistet, dass die Kliniken nicht privatisiert werden. Der gemeinsam vorgelegte [Änderungsantrag](#) sieht u.a. vor,

- dass der Klinikverbund uneingeschränkt die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Spitzenmedizin in Köln und im Umland sicherstellen muss,
- dass die Kliniken der Stadt Köln fördertechnisch den Unikliniken gleichgestellt werden sollen,
- dass der Einfluss der Stadt Köln weiterhin gewahrt bleibt,
- dass die Rechte der Arbeitnehmer*innen vollumfänglich auf heutigem Niveau garantiert werden und
- dass der Gesundheitsstandort Holweide zu erhalten ist.

-
- [Die komplette Tagesordnung der Ratssitzung inkl. aller Vorlagen](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer